

- Dreher und Mitglied des Betriebsrats im Berliner Motorradwerk von BMW in der Zeit von 1979 bis 1992 -

12. Dezember 2002

Das Kreuz mit den befristeten Arbeitsverträgen

Seit Einführung des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes vor mehr als 10 Jahren verlassen Kolleginnen und Kollegen sang- und klanglos ihren Arbeitsplatz, wenn ihre Befristung abgelaufen ist. Eine Kündigung ist nicht mehr nötig, der Kampf um Erhalt des Arbeitsplatzes juristisch aussichtslos.

Im Rahmen der Umsetzung des Hartz-Papiers soll die Anzahl ungeschützter Arbeitsverhältnisse noch drastisch erhöht werden. Dagegen rührt sich wachsender Widerstand. So haben wir am 29. November auf der Delegiertenversammlung der IG Metall Berlin, deren Mitglied ich bin, eine eindeutige Resolution gegen das Hartzpapier verabschiedet und Vorstand von IG Metall und DGB aufgefordert, aus dem Konsens mit den Unternehmern auszusteigen, sich vom Ergebnis der Kommission zu distanzieren und gegen die Umsetzung alle Kräfte zu mobilisieren.

Im Berliner Motorradwerk der BMW AG verlieren zum Jahresende wieder eine größere Anzahl von Kollegen wegen des Auslaufens des befristeten Vertrages ihre Arbeit, darunter auch Anatole Braungart, der zwei Jahre erfolgreich für die Gewinne der BMW Aktionäre geschuftet hat. Ihm wurde von Vorgesetzten bestätigt, dass er das recht gut gemacht hat, genauso wie weitere neun befristete Kollegen, mit denen er gemeinsam in der Verpackungsabteilung arbeitete. Die neun erhalten allerdings zum Jahresende einen unbefristeten Vertrag, nur Anatole nicht, weil er auf drei Betriebsversammlungen die Methode der Befristung zu Recht kritisiert hat.

Trotz des Versprechens von Werksleiter Maltzan, dass bei BMW Meinungsfreiheit herrsche und auf Kritik Wert gelegt werde, will BMW Anatole nicht übernehmen. Das ist eine Riesenschweinerei, die ganz deutlich macht, dass auch BMW es vorzieht, angepasste, um ihren Arbeitsplatz besorgte Kollegen, möglichst ohne jeden Kündigungsschutz, in Friedhofsruhe für ihre Profite produzieren zu lassen. Das können wir uns so nicht gefallen lassen.

Hier ist nun besonders als Zusammenschluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Gewerkschaft, konkret erst mal die IG Metall gefordert, die Solidarität mit Anatole Braungart und den anderen nicht übernommenen Kollegen zu organisieren. Das muss in erster Linie gemeinsam mit aktiven BMW Betriebsräten und den Kolleginnen und Kollegen im Werk geschehen. Flugblatt und Pressemitteilung wären ein Schritt in die richtige Richtung.

Das wird aber nicht reichen. Es wäre wichtig, dass sich Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe solidarisieren und ihrer Empörung durch Protestbriefe und -aktionen Ausdruck verleihen. Wichtig zur Verbreitung der Solidarität sind die Medien - Presse, Rundfunk, Fernsehen und internet müssen für die Verbreitung der Nachrichten gewonnen werden.

Und trotz der schwierigen juristischen Lage sollte Anatole Braungart auf Gleichbehandlung und Vertrauensschutz klagen. Wenn die Chancen auf Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses in diesem Zusammenhang auch gering sein werden, so bringt die Auseinandersetzung vor den Gerichten doch eine erhöhte Aufmerksamkeit und Berichterstattung.

Solidarität mit Anatole Braungart und den anderen befristeten Kollegen!
Das Hartzpapier darf nicht umgesetzt werden!
Meinungsfreiheit auch am Arbeitsplatz!